

Medienmitteilung

RPG-Revision: «Das Wohnen wird massiv teurer»

Die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) führt zur Verteuerung der Wohnkosten und zu Staatseingriffen ins Privateigentum. Deshalb kämpft ein breit abgestütztes bürgerliches Komitee unter der Federführung des Bündner Gewerbeverbandes gegen die Vorlage.

Ein überparteiliches Komitee mit namhaften Vertretern aus der Wirtschaft und Politik erläutert seine Argumente gegen die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG), über welche Herr und Frau Schweizer am 3. März 2013 abstimmen werden. Die Revision ist die Antwort von Bundesrat und Parlament auf die 2008 von links-grünen Kreisen eingereichte Landschaftsinitiative, welche die Bauzonen auf 20 Jahre hinaus einfrieren wollte. «Leider ist die Gesetzesrevision völlig missraten und geht in einigen Punkten gar noch weiter als die Initiative selber», meint Urs Schädler, Präsident des Bündner Gewerbeverbandes, im Namen des überparteilichen Bündner Komitees «Nein zur RPG-Revision». Zu diesem gehören unter anderem die Bundesparlamentarier Martin Schmid (Ständerat, FDP), und Heinz Brand (Nationalrat, SVP) der Sekretär des Bündner Hauseigentümergeverbandes, Grossrat Reto Nick, sowie Ludwig Locher, Präsident Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden.

«Eingriff ins Privateigentum»

Die Revision führe zu einer massiven Verteuerung des Wohnens und zu inakzeptablen Staatseingriffen ins Privateigentum, erklärt Reto Nick. «Eine künstliche Verknappung des Baulandes, wie sie der Bund mit dieser Revision anstrebt, heizt die Boden- und die Immobilienpreise an. Das wiederum führt bei der jährlich wachsenden Bevölkerung zu steigenden Wohnkosten, sei es als Grundeigentümer oder als Mieter, und bei der Wirtschaft zu höheren Produktionskosten», gibt Ludwig Locher zu bedenken. Locher stört sich überdies insbesondere an zwei «gravierenden und unnötigen» staatlichen Eingriffen in die Eigentumsfreiheit: Eine Rückzonungspflicht für Bauzonen, die den voraussichtlichen Bedarf für 15 Jahre überschreiten, und die Möglichkeit für den Bund, punktuell Bauverpflichtungen unter Fristansetzung und Sanktionsandrohung auszusprechen. Urs Schädler, Präsident Bündner Gewerbeverband: «Hier sind behördliche Willkür, Vollzugsprobleme und lange Gerichtsverfahren vorprogrammiert, natürlich mit negativen Auswirkungen für die Grundeigentümer und die Wirtschaft.»

«Sache der Kantone»

Die RPG-Revision bringe auch zusätzliche Zwangsabgaben, meint Nationalrat Heinz Brand. Sogenannte «Planungsmehrwerte» sind künftig abgabenpflichtig: Bei der Überbauung eines Grundstücks oder bei dessen Veräusserung muss der Eigentümer dem Staat – neben der Grundstückgewinnsteuer – zusätzlich noch mindestens 20 Prozent des realisierten Mehrwerts abliefern. «Dies wird der Eigentümer auf jeden Fall auf die Mieter abwälzen», ist Brand überzeugt. «Einmal mehr sind die Familien, der Mittelstand und das Gewerbe die Verlierer», ist Ständerat Martin Schmid überzeugt. Er warnt zudem vor einer Kompetenzverschiebung von den Gemeinden und Kantonen hin zum Bund: «Die föderalistisch organisierte Raumplanung hat sich bewährt. Genf ist nicht gleich Bergün: Die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und des Gewerbes können vor Ort besser erkannt und berücksichtigt werden.»

Zusammenfassend bringt die RPG-Revision eine markante Verteuerung der Mieten, Steuererhöhungen und neue Abgaben mit sich. Die Kantone verlieren wichtige raumplanerische Kompetenzen, die neu über ein Bundesdiktat aus Bern vorgegeben werden. Dagegen wehrt sich das überparteiliche Komitee.

Chur, 15. Februar 2013

Bündner Komitee «Nein zur RPG-Revision»

Co-Präsidium: Urs Schädler, Präsident Bündner Gewerbeverband, Chur; Ludwig Locher, Präsident Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, Domat/Ems; Martin Schmid, Ständerat, Chur/Splügen; Heinz Brand, Nationalrat, Klosters; Reto Nick, Grossrat, Sekretär Hauseigentümergeverband Graubünden, Landquart; Karin Iseppi, Treuhänderin, Fürstenaue; Michael Pfäffli, Grossrat, Präsident FDP Graubünden, St. Moritz; Angela Casanova, Grossrätin Domat/Ems; Rudolf Burkhardt, Grossrat, Thusis; Roland Conrad, Grossrat, Zernez; Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband, Grüşch; Dr. Marco Ettisberger, Sekretär Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, Chur.

Auskunftsperson: Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband, Chur Tel 081 257 03 23